

der Tagungsort, die Tagungszeit und eine Tagesordnung enthalten. Die Gesellschafterversammlung ist auch am Sitz der Gesellschaft in Borken einberufen worden. Unschädlich ist, dass die Tagesordnung dann mit Schreiben vom 05.11.2010 um den Punkt 2, nämlich den Ausschluss des Klägers und die Einziehung seiner Geschäftsanteile, ergänzt worden ist. Gemäß § 51 Abs. 4 GmbHG muss die Mitteilung der Tagesordnung in jedem Fall wenigstens drei Tage vor der Versammlung erfolgen (vgl. Bayer in: Lutter/Hommelhoff a.a.O., § 51 Rdnr. 19). Insoweit war die Ergänzung der Tagesordnung auch rechtzeitig.

Der Gesellschafterbeschluss vom 15.11.2010 ist aber auch materiell wirksam. In der Person des Klägers liegt ein gemäß § 15 Abs. 3 wichtiger Grund vor, der seine Ausschließung aus der Gesellschaft rechtfertigt.

Gemäß § 20 des Gesellschaftsvertrages war der Kläger als Gesellschafter der Beklagten verpflichtet, über alle Angelegenheiten der Gesellschaft Stillschweigen zu bewahren. Als Gesellschafter der Beklagten unterlag er zudem mitgliedschaftlichen Treuebindungen, die im Gesellschaftsrecht allgemein anerkannt und für das Recht der GmbH heute unbestritten sind (vgl. Bayer in: Lutter/Hommelhoff a.a.O., § 14 Rdnr. 20 m.w.N.). So ist die Treuepflicht mitgliedschaftliche Hauptpflicht, mithin kein Fall von § 242 BGB, vielmehr Oberbegriff für sehr unterschiedliche Hauptpflichten der Gesellschafter. Gegenüber der GmbH und der Gesamtheit seiner Mitgesellschafter hat der einzelne Gesellschafter vor allem auch Unterlassungs- und Loyalitätspflichten. So darf er die GmbH Dritten gegenüber nicht diskreditieren und sie nicht zu eigenem Nutzen schädigen. Dabei verkennt die Kammer nicht, dass insgesamt bei Maßnahmen der Geschäftsführung, bei denen es um die Interessen aller Gesellschafter geht, ein strengerer Maßstab anzulegen ist als bei der Ausübung eigennütziger Rechte (vgl. Baumbach/Hueck/Fastrich, GmbHG, § 13 Rdnr. 32 f.). Bei letzterem muss der Gesellschafter seine Interessen nicht ohne weiteres hinter die Gesellschaft und der anderen Gesellschafter stellen. Vielmehr kommt es hier stets auf eine Abwägung der Interessen im Einzelfall an.

Vorliegend hat der Kläger durch die von ihm versandten Emails, wie sie sich aus der Auflistung im Tatbestand ergeben, die Beklagte als Gesellschaft in der Öffentlichkeit in erheblichem Maße diskreditiert und zu eigenem Nutzen geschädigt. So hat er sich in den von ihm versandten Emails an u. a. die Sparkasse West-Münsterland, das Bundesministerium für Umwelt, verschiedene Franchise-Nehmer, die Mitteilung von Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft Münster und Osnabrück stets negativ über